Preise:
 Für Laibach
 Jahrspreis . . . 8 fl. 40 kr.
 Halbjahrspreis . . . 4 „ 20 „
 Vierteljahrspreis . . . 2 „ 10 „
 Sonntags 70 „

Mit der Post:
 Jahrspreis . . . 11 fl. — kr.
 Halbjahrspreis . . . 6 „ 50 „
 Vierteljahrspreis . . . 3 „ 75 „

Verkaufung ins Haus viertel-
 währig 25 kr., monatlich 9 kr.

50000 Nummern 6 kr.

Laibacher Tagblatt.

Redaktion:
 Bahnhofgasse Nr. 15.

Expedition und Inseraten
 Bureau:
 Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung
 von J. v. Kleinmahr & F. Bamberg).

Inserationspreise:
 Für die einseitige Zeile: 2 kr.
 bei zweimaliger Einschaltung 3 kr.
 dreimal 4 kr.
 Insetionsbeispiel jedesmal 30 kr.
 Bei größeren Inseraten und öfterer
 Einschaltung entsprechende Rabatte.

Auswärtige Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 160. Dienstag, 16. Juli 1872. — Morgen: Alexius. 5. Jahrgang.

Niedergang des nationalen Geistes.

Daß der vollzogene Personenwechsel in der obersten Landesstelle nicht nach dem Geschmack unserer National-Klericalen sein werde, das stand zu erwarten. Daß die Erhebung des Herrn v. Wurzbach durch einen aus dem gehäbsten und gefährdeten Geschlechte der Auerspergs, das sich stets reichstreu und verfassungsfreundlich bewiesen, als ein schwerer Schlag empfunden wird, versteht sich von selbst und beweist die Sprache ihrer Blätter, die im Wüthen und Geisern diesmal wo möglich sich selbst überbietet. Nannte doch „Slovenski Narod“ die Ernennung Auerspergs einen moralischen Faustschlag in das Antlitz nicht nur aller krainer Slovenen, sondern der ganzen slovenischen Nation (!) und stachelt die Bevölkerung in Hef- und Brandartikeln zu erneutem Widerstande auf; „Novice“ dagegen hüllte sich stolz in den Mantel der Zuversicht und machte sich selbst mit den Worten: Die Nation fürchte auch einen Auersperg nicht, die Vertretung des Landes bleibe in ihrer Mehrheit doch eine nationale. Das Organ der Klericalen stellt sich aber, als sei ihm allein nicht bekannt, daß seine Partei sich infolge innerer Fäulnis in vollster Zerfegung befinde, daß nun die Zeit gekommen, wo unter den Auspicien eines aufrichtig verfassungstreuen Landespräsidenten die Erhebung der reichstreuern Partei im Lande zur tonangebenden wieder in Aussicht steht. Die Ernennung des neuen Landespräsidenten hat ja nur dann einen Sinn, wenn die Regierung gesonnen ist, die Gunst des Momentes zu benützen, Maßregeln von einschneidender Schärfe zu ergreifen, um die Bevölkerung endlich aus dem umstrickenden Lügenneze der klericalen Politikaster zu

reißen, die Organisation der reichsfeindlichen Kräfte zu zerstören, die reichstreuere Partei zu kräftigen, die Auflösung des reactionären Landtags vorzubereiten und den unfähigen, fortschrittsfeindlichen Landesschulrath zu beseitigen, kurz die Autorität des Staates in allen Gebieten des öffentlichen Lebens wiederherzustellen. Und zu allem dem bietet sich gegenwärtig der günstigste Moment.

Es bewahrheitete sich noch immer der Spruch, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Auch unsere national-klericalen Volksbeschwäher sorgen selbst ausgiebig dafür, daß sie nicht über dasjenige Maß politischer Geltung hinauswachsen, welches sie in Anbetracht des Beitrages zu beanspruchen haben, den sie bisher zur allgemeinen menschlichen Culturentwicklung geleistet. Ihr politisches Gebahren während der letzten Jahre gemahnte an die Tollfährtheit eines Spielers, der seine letzte Habe auf eine einzige Karte einsetzt. Mit dem Erreichbaren, mit dem Möglichen waren sie niemals zufriedenzustellen, und wurden ihnen ihre ausschweifenden Wünsche nicht gewährt, so überboten sie sich in Wehklagen, Wuthschreien und Anschuldigungen. Die ganze Welt hatte sich auf einmal gegen sie verschworen, um ihnen ihre wohlbegründeten Rechte zu verkümmern, und sie selbst geberdeten sich als die Märtyrer, als die Unterdrückten und Sklaven der Deutschen in Oesterreich.

Daß sie ganz allein die Schuld tragen, wenn sie politisch und moralisch, trotz ihrer fortwährenden Wählerereien und ihres unausgesetzten Krakehlens, von ihren überspannten Ansprüchen zu wenig erreicht haben; daß sie ganz allein durch ihre politische Unreife, durch ihren lächerlichen Größenwahn auch den letzten Rest der Völkerympathien sich ver-

scherzt haben, die sonst so reichlich gefallenen Existenzen und vereitelten Hoffnungen zugewendet werden, das darf man beileibe nicht laut werden lassen, das wäre schwarze Verleumdung. Bilden wir Slaven nicht die Mehrheit in Oesterreich? Gebührt uns nicht die Herrschaft nach göttlichem und menschlichem Rechte?“ rufen sie noch immer voll naiver Entrüstung. Die Thoren! als ob jemand dazu ein Recht hätte, wozu er sich als gänzlich unfähig erwiesen, oder was er durch eigene Schuld eingebüßt hat. Wie die Geschichte der ganzen organischen Natur von Anbeginn, so ist auch die Geschichte der Völker und Staaten nur ein fortgesetzter Kampf ums Dasein; bestehen und obsiegen in diesem Kampfe kann nur, wer Kraft und Klugheit dazu hat. Wer in demselben unterlegen ist, muß sich selbst, seine eigenen unzulänglichen Mittel und Kräfte anklagen, die Schuld liegt in ihm selbst, nicht außerhalb.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Laibach, 16. Juli.

Die unter dem Vorsitze des Ministers Unger tagende Ministerialcommission, die sich mit dem Entwurfe des Gesetzes, betreffend den Verwaltungsgesichtshof, in einer Reihe von Sitzungen beschäftigte, hat die erste Lesung dieses Gesetzentwurfes bereits beendet, und wird derselbe dem Reichsrathe beim Wiederzusammentritte vorgelegt werden.

Was die Beantwortung des bischöflichen Memorandums betrifft, so wird versichert, die Erwiderung sei in der Kanzlei des Herrn v. Stremaier ausgearbeitet worden, der Minister werde jedoch erst in den nächsten Tagen endgiltig mit dem Ela-

Feuilleton.

Wie die Römlinge kämpfen.

(Schluß.)

Der Zeuge Ferdinand Mayer ist Lehrer in Puffarnitz. Derselbe bestätigt den Wortlaut des ersten der eingangs angeführten inermimierten Sätze. Bezüglich des zweiten und der Bedeutung des Wortes „elend“ wird ein mehr als eine Viertelstunde dauerndes Kreuzverhör vom Gerichtshofe, Bertheidiger und Staatsanwalt mit dem Zeugen durchgeführt, welches jedoch ohne Resultat bleibt. Er kann sich mit Bestimmtheit wegen der Länge der Zeit nicht mehr erinnern und beruft sich zum Schlusse lediglich auf seine in der Voruntersuchung gemachte Aussage. Uebrigens gibt der Zeuge an, daß die ganze Predigt nichts als ein erbitterter Ausfall auf die staatlichen Einrichtungen, insbesondere das Schul- und Ehegesetz gewesen sei, und daß sie den Eindruck machte, als würden der Kaiser, die Regierung und die Vertretungskörper beschimpft. Zeuge nahm sich vor, nicht mehr in die Predigt zu gehen.

Zeuge Michael Kemner hat früher den Angeklagten „recht gern gehabt.“ Derselbe war in der

Predigt am 26. zu St. Stephan, wo Polei „die Behörden und den Reichsrath in der Arbeit g'habt hat,“ weil sie die Religion vernichten und die Priester in ein schlechtes Ansehen bringen.

Der Zeuge dachte sich, daß solche Angriffe kein Gegenstand einer Predigt seien. Derselbe erregte großes Aergernis, und er (Zeuge) sei selbst zum Herrn geistlichen Rath (Pfarrer) gegangen und habe ihn aufmerksam gemacht, daß der Caplan sehr ungebührlich predige, und daß er ihm dies verbieten sollte. Der Herr Rath erwiderte: „Diese jungen Herren lassen sich nichts sagen und nehmen keine Warnung und keine Belehrung an.“

Zeuge Josef Barth ist Lederergeselle, unbeamtet; derselbe kann sich mit Bestimmtheit nur mehr darauf erinnern, daß der Prediger „die Landtage, den Reichsrath, das Ministerium bis zum Kaiser als elende Menschen“ bezeichnete.

Vors.: Was haben Sie sich denn darüber gedacht?

Zeuge: Ich hab' gedacht, daß der Caplan ein unüberlegter Mensch ist, weil er seine Gedanken nicht besser ausdrückt.

Vors.: Wie hätte er denn sagen sollen?

Zeuge: Er hätte sagen sollen, „daß wir alle sammt dem Kaiser Staub vor Gott sind.“

Vors.: Wäre das besser gewesen?

Zeuge: Ja freilich, so wärs besser gewesen. (Große Heiterkeit.) In der Kirche haben sich die Leut' einander ang'schaut, einige haben g'lacht, einige g'schmunzt.“ Wir war die Predigt so unangenehm, daß ich mir vornahm, keine mehr zu besuchen, was ich seitdem auch thu'.

Als Entlastungszeugen traten auf: Peter Stimmerger, Realitätenbesitzer.

Vors.: Was wissen Sie von der Predigt am 26. December?

Zeuge: Ich war drinnen, aber i könnt la Wort mehr bestätigen.

Vors.: (Hält ihm die verschiedenen incriminirten Stellen vor.) Haben Sie dies gehört?

Zeuge: I was la Wort mehr.

Vors. (nach einer eindringlichen Meinedserinnerung): Wissen Sie gar nichts von der Predigt, auch nicht, wovon sie überhaupt handelte?

Zeuge: Na, gar nichts, nit a Wort. (Heiterkeit.)

Dr. Luggin: Daß die Predigt am 26. unsern Zeugen nicht in seiner Gemüthsruhe gestört hat, davon hat sich der hohe Gerichtshof durch unmittelbare Anschauung selbst überzeugt (Heiterkeit); ich will ihn nun fragen, ob er an anderen eine Aufregung oder Unruhe bemerkt habe.

Zeuge: Ich hab' gar nichts gehört und nichts bemerkt.

borate sich zu beschäftigen haben. Nach der „Bohemia“ dürfte es allerdings nicht den Erwartungen jener entsprechen, die eine polemische „Abfertigung“ zu lesen wünschen, dagegen noch viel weniger geeignet sein, in den bischöflichen Kreisen irgend welche Täuschungen über die Bereitwilligkeit der Regierung hervorgerufen, von den bestehenden Gesetzen auch nur um eines Haares Breite abzuweichen. In letzterer Beziehung soll der Entwurf, mit dessen Ausarbeitung ein bekannter aufgeklärter Schulmann betraut war, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Wir lesen folgendes in einer officiosen Correspondenz: Eine Angelegenheit, welche die ernsteste Beachtung der Regierung in Anspruch nehmen dürfte, ist das jetzt massenhafte Hereinströmen der Jesuiten aus Deutschland nach Oesterreich. In Wien und Umgebung, speciell im Jesuitenloster zu Karlsburg, wimmelt es nun von ausländischen Jesuiten, die auch das polnische Rom, Krakau, überschwemmen. Die Regierung wird nicht übersehen dürfen, welcher Art Gästen Oesterreich den Raum zu bieten hat, und sich fragen müssen: ob es nicht geeignet wäre, die junge Saat constitutioneller Freiheit gegen diesen Heuschreckenschwarm in Schutz zu nehmen. Eines speciellen Jesuitengegesetzes bedarf es hiezu vielleicht gar nicht, da die österreichischen Fremden Gesetze, noch aus der Bach'schen Aera stammend, auch so drakonisch genug abgefaßt sind.

Einen härteren Schlag konnte die von den föderalistischen Journalen so oft betonte „solidarische Opposition aller Slaven Oesterreich-Ungarns“ wohl nicht erleiden, als durch den Empfang der Adressdeputation des kroatischen Landtages durch Se. Majestät den Kaiser. Die kroatische Opposition hat sich durch die Botirung der Adresse auf den verfassungsmäßigen Boden gestellt, und der Monarch erklärte sich in seiner Antwort an die Adressdeputation bereit, die billigen Wünsche der kroatischen Nation berücksichtigen zu wollen, jedoch dürfen die staatlichen Interessen nicht geschädigt werden. In richtiger Erkenntnis des eigenen Vortheils haben die Nationalen in Kroatien die unfruchtbare Negationspolitik aufgegeben; und wenn die Herren Strejschowsky und Oliva wieder einmal nach Agram kommen sollten, um die sogenannte Solidarität aller Slaven Oesterreich-Ungarns zu stärken, so würden sie nur taube Ohren predigen oder höchstens politische Nullen à la Maxime als Bundesgenossen gewinnen.

Nach dem Empfange der Adressdeputation durch Se. Majestät den Kaiser conferirten die Deputationsmitglieder mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Lonyay. Se. Majestät lehrte wieder nach

Ischl zurück. Das Präsidium des kroatischen Landtages wird wohl noch längere Zeit in Wien verweilen, da dort die Stipulationen des zu revidirenden Ausgleiches festgestellt werden dürften. Wenigstens deutet darauf die Berufung der kroatischen Führer Baron Brandau, Erzbischof Michajlovič, Graf Nugent und Bischof Strohmayer nach Wien. Diesen Conferenzen wird auch der kroatisch-slavonische Minister Graf Pejačević beiwohnen.

Wie man dem „Ang. Lloyd“ aus Wien berichtet, wird Graf Andrássy den Dispositionsfond nicht in der Höhe von einer halben Million, die er ursprünglich hatte, sondern mit 450.000 fl. ansprechen. Eine Denkschrift wird den Dispositionsfond zum Gegenstande haben und es ist, wie das ungarische Blatt vernimmt, beabsichtigt, in derselben den Delegationen gegenüber die bündige Erklärung abzugeben, daß es nicht beabsichtigt sei, den Betrag, um welchen der Dispositionsfond erhöht werden soll, irgend welchen publicistischen Zwecken zuzuführen, sondern zur Deckung von Auslagen für die Staatspolizei und für diplomatische Informationen zu verwenden.

Ausland. Bei dem großen Mangel an Stoff ist es sehr erklärlich, daß die deutschen Blätter noch immer Betrachtungen über das Wirken Stein's anstellen und Vergleiche zwischen der Vergangenheit und Gegenwart ziehen. Indem sie dies thun, deuten sie alle offen und rückhaltlos auf die Mängel hin, die dem preußischen Staate noch anhaften. So sagt die „Nat.-Ztg.“:

„In der Zeit Stein's wurde das deutsche Geistesleben mehr, als bis dahin geschehen, unter die preußischen Staatskräfte aufgenommen. Es wurde von da an von der preußischen Regierung mehr beachtet, richtiger gewürdigt und besser gepflegt. Ein kläglicher Rückfall in ältere Dürftigkeit war die durch die Schul-Regulative bezeichnete Zeit, die wir erlebt haben. Ein Glück, daß wir im Begriffe sind, diese Zeit zu schließen und wieder der Wissenschaft und dem deutschen Volksgeiste zu vertrauen und zu leben. Wir hätten sonst nicht, ohne uns zu schämen, das Denkmal Stein's enthüllen können.“

Das Verhör des Marschalls Bazaine ist beendet, und steht die Vernehmung der zahlreichen Zeugen bevor. Der Marschall Bazaine soll die ganze Verantwortlichkeit für das Unglück von Metz auf den Kriegsminister Reboeuf geschoben haben, indem er behauptete, daß es der Armee an allem mangelte, das Nöthigste unter dem Feuer eines überlegenen Feindes improvisirt werden mußte und mit Rücksicht darauf alles Mögliche geschehen sei, um die Katastrophe zu verzögern oder ihr vorzubeugen. — In

Zeuge Math. Paggner ist Bürgermeister in Puffarnitz.

Vors.: Was wissen Sie von der Predigt?

Zeuge: Ich weiß nicht einmal gewiß, ob ich d'rinnen war oder nicht. Wahrscheinlich werd' ich wohl d'rin sein gewesen, am End' — am End' —

Vors.: Was wissen Sie dann vom Inhalte?

Zeuge: Gar nichts. (Heiterkeit.)

Vors.: Wovon handelte denn die Predigt?

Zeuge: Ich weiß es nicht, denn am End', am End' —

Vors.: Haben Sie nicht Acht gegeben oder geschlafen? (Heiterkeit.)

Zeuge: Geschlafen hab' ich g'rad' nicht, aber am End' man horcht wohl auf, aber es fällt einem halt am End' wieder aus, am End' — am End' —

Vors.: Wissen Sie nichts von der Mißhandlung der Schulkinder?

Zeuge: Nein, davon weiß ich nichts.

Vors.: Aber dieselbe geschah doch in Ihrer Gemeinde?

Zeuge: Ich hab' nichts davon gehört, bei mir hat sich nie jemand beklagt.

Aus der zur Vorlesung gebrachten Aussage des Obmannes des Ortschulrathes von Puffarnitz geht hervor, daß der Angeklagte roh und gewaltthätig mit den Kindern umging, und daß die Leute erklär-

ten, daß ihnen die ewigen Schimpfereien zuwider seien, so daß sie nicht mehr in die Kirche gehen wollten.

Bezüglich des dritten Factums kommen die Aussagen vieler Eltern und Schulkinder zur Verlesung, nach welchen es allerdings in der Schule zu Puffarnitz während der Religionsstunde auf eine Weise zugeht, die sehr wenig von der christlichen Nächstenliebe zeugte. Einem Kinde wurde ein Ohrläppchen aufgerissen, so daß es erst nach drei Wochen geheilt war, das andere erhielt Ohrspeigen, daß ihm das Blut über das Gesicht rann, ein drittes hatte über zu kräftig ausgefallene Ohrspeigen acht Tage lang Kopfschmerzen, ein viertes wurde, nachdem es geohrspeigt worden, an den Haaren zur Thür gezerrt und dann mit den Worten: „Schau, daß d' weiter kommst!“ hinausgeworfen u. dgl. m. Wie es scheint, entlud sich das Ungewitter in der Religionsstunde mit besonderer Heftigkeit auf den Köpfen der Kinder liberaler Eltern.

Nach Verlesung sämtlicher Actenstücke erhielt der öffentliche Ankläger, Herr Staatsanwalt Pils, das Wort zur Stellung seiner Schlußanträge. Die insolge einer Zeitungsnotiz durch die Staatsanwaltschaft veranlaßte Untersuchung hat ergeben, daß die am 26. December v. J. vom Angeklagten gehaltenen Predigt einen entschiedenen Mißbrauch der Kanzel

militärischen Kreisen ist man sehr erstaunt über die geringe Anzahl von Candidaten, die sich heuer zu den Aufnahmeprüfungen für die Militärakademie St. Cyr gemeldet haben.

Der Bischof von Orleans hat in einem von Versailles, 29. Juni, datirten Hirtenbriefe die von dem vaticanischen Concil beschlossenen dogmatischen Constitutionen Dei Filius und Pastor aeternus (über das Unfehlbarkeitsdogma) publicirt. Er entschuldigt sich, diesen Act so spät auszuführen; die Ereignisse hätten ihn daran verhindert, und dem Papste hätte er übrigens schon längst seine rückhaltlose Beitrittserklärung zu Füßen gelegt. „Schon im Februar 1871“, schreibt der Bischof, „als ich gleich nach unserer Befreiung dem heiligen Vater von Bordeaux aus meinen Beitritt erklärte, erinnerte ich Seine Heiligkeit, daß ich, wenn ich gegen die Zweckmäßigkeit der Definition gesprochen und geschrieben, mich zu der Lehre selbst doch allzeit nicht nur in meinem Herzen, sondern auch in meinen öffentlichen Schriften bekannt habe und zu glücklich sein würde, wenn meine nochmalige Beitrittserklärung ihm einigen Trost inmitten so grausamer Schmerzen bereiten könnte.“ Der Bischof Dupanloup verdient für solch' eine schlaue Markirung seines Uebertrittes zu den Jesuiten den Cardinals-hut. Er wartet schon so lange auf denselben, und Jules Simon läßt wahrscheinlich mit Rücksicht auf diesen Wunsch die französischen Concordatsgesetze ruhen.

Es muß mit der Verblendung und dem Hochmuth der römischen Curie schon weit gekommen sein, wenn Journale, welche in der Vertheidigung und Verbreitung des Jesuitismus die Mission ihres Daseins sehen, zu warnen beginnen und über die Leidenschaftlichkeit des Papstes klagen. So bedauert die stets dem Stuhle Petri ergebene „Schles. Volkszeitung“ den bekannten Ausspruch über das Steingehen, welches die Ferse zertrümmern soll, und meint, Cardinal Antonelli habe sicherlich von diesem Ausbruch des Unmuthes und Schmerzes keine Ahnung gehabt, sonst hätte er ihn zu mildern gewußt. Ein sonderbarer Begriff von der päpstlichen Unfehlbarkeit, wenn der Cardinal Antonelli stets bei der Hand sein muß, damit — keine Uebereilung passirt, welche üble Folgen haben kann.

Weltausstellung 1873.

Aus der Botschaft des schweizerischen Bundesraths über die Wiener Weltausstellung lassen wir einige Stellen folgen, in welchen die besondere Bedeutung der Ausstellung hervorgehoben wird. In der Botschaft heißt es:

zu politischer Agitation involvirte. In der Predigt, der wenige aufmerksame und sehr viele — unaufmerksame Zuhörer beiwohnten, wird den Landtagen, dem Reichsrathe, dem Ministerium und dem Kaiser zugemuthet, daß sie eine anerkannte Religion mit Füßen treten, also herabzuwürdigen suchen, was der Vorwurf einer strafbaren Handlung sei, mithin das Verbrechen der Majestätsbeleidigung (§ 63) und der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung (§ 300 und Art. III der Gesetznovelle vom December 1862) begründe. Solche Vorwürfe seien um so eher geeignet, Haß und Verachtung zu erzeugen, als sie von der Kanzel herab unter das gläubige Landvolk geschleudert wurden. Kein Vorwurf sei ungerechter, als daß die neuen Staatsgesetze die Religion mit Füßen treten, oder daß dieselbe dadurch Schaden leide.

Redner beantragt schließlich den Angeklagten wegen aller drei ihm angeschuldigten strafbaren Handlungen schuldig zu erkennen. Erschwerend sei die Concurrnz, mildernd lediglich das unbeantworbene Vorleben, und so beantrage er eine einjährige schwere Kerkerstrafe und überlasse es dem Ermessen des hohen Gerichtshofes, ob es unter das Straßimum heruntergehen wolle.

Der Vertheidiger, Herr Dr. Luggin, der bekannte Führer der liberalen Partei des Landes bemerkte eingangs seines Plaidoyers, daß er nicht

Nicht bloß der große kosmopolitische Ruf, dessen Wien in der ganzen asiatischen Welt genießt und eine größere Beteiligung des Orients als an allen früheren Ausstellungen in Aussicht stellt, sondern auch der umfassende Plan dieser Weltausstellung, welcher das Ziel gesetzt ist, ein Bild des gesammten Culturlebens der Gegenwart zu entrollen, verspricht sie in gleichen Rang zu stellen mit den universellen Ausstellungen von London und Paris . . .

Nachdem der Bundesrath unterm 9. Juni 1871 der österreichischen Regierung das Ergebnis der ersten Anknüpfung der Ausstellung bei den Cantonsregierungen mitgeteilt, war der General-Director Freiherr v. Schwarzenborn schon im Februar d. J. im Stande, auf diplomatischem Wege ein Exposé über die Aufnahme mitzutheilen, welche das Project in den meisten Staaten gefunden, und über die Vorbereitungen zur Theilnahme, welche dort bereits getroffen worden. Nach diesem Bericht hatten bis dahin 24 Länder in vier Welttheilen die Organisationsarbeit begonnen, und namentlich schickten die großen Reiche Astens an, in nie gesehener Weise sich zu betheiligen. Nicht bloß Rußland hatte Maßregeln ergriffen, um die Theilnahme seiner östlichen Provinzen vom Kaukasus bis nach Kamtschatka hervorzuheben, nicht bloß die Türkei mit Egypten, Tunis und Marokko treffen Anstalt, sich stärker als in Paris zu betheiligen, sondern auch Persien, Japan und China werden erscheinen. Die chinesische Regierung hat in allen Theilen des großen Reiches einen Aufschuß erlassen, in welchem sie die Bestimmungen über die Besichtigung der Ausstellung und Instructionen für dieselbe bekanntgibt und gleichzeitig den Ausstellungsgegenständen die Befreiung vom Ausgangszolle zugesetzt.

Trotz der permanenten Kunst- und Industrie-Ausstellung in London, welche ebenfalls international ist, hat doch auch die Regierung von Großbritannien ein genügendes Interesse nicht bloß bezüglich des vereinigten Königreichs, sondern auch in Betreff seiner überseeischen Colonien und insbesondere hinsichtlich der Vertretung Ostindiens beibehalten, indem sie sowohl in England eine Regierungs-Commission aufstellte, als auch bereits in Bombay eine Ausstellungs-Commission ernannte. Trotz der Nachwehen des Krieges wird Frankreich sich bei der Ausstellung betheiligen; großartiger aber als bei allen früheren Weltausstellungen werden Belgien und unsere Nachbarländer Italien und Deutschland vertreten sein.

Werfen wir einen Blick auf das Programm und auf die Art und Weise, wie dasselbe ins Leben gesetzt zu werden beginnt, so unterliegt es kaum einem Zweifel, daß die Ausstellung in einer Weise zu Stande kommt, daß sie auf das volkwirtschaftliche Leben von epochenmachendem Einfluß sein wird.

In London glaubte man schon Ungeheures ge-

leistet zu haben, daß man die Producte des Ackerbaues, des Gewerbestreibes und der Kunst aus allen Ländern der Erde auf einem Sammelplatz vereinigte — in Paris dachte man noch Höheres erreicht zu haben, indem man diesen Producten noch die Geschichte der Werkzeuge in greifbarer Gestalt beifügte, sowie Gegenstände vorführte, welche die Verbesserung des physischen und moralischen Zustandes der Bevölkerung zum Zwecke haben; allein der wiener Ausstellung ist neben allem diesem noch ein höheres Ziel gesetzt. Sie soll mit einem Worte ein Bild der gesammten materiellen und ideellen Cultur der Völker, so weit sie sich zur Anschauung bringen läßt, geben. Das für die Ausstellung angewiesene Areal liegt auf der beliebtesten Seite von Wien und gewährt einen größeren verfügbaren Raum, als er den Ausstellungen zu Paris und London zu Gebote stand."

Zur Tagesgeschichte.

— Die Ameise scheint den Feldraupen der gefährlichste und erbitterteste Feind zu sein, der sie nicht nur verfolgt und erwürgt, sondern den sie auch in blinder Hast flieht. Ein Bericht des Oekonomie-Commissarius Sterneborg aus Lippladt über die Erfahrungen, welche über das Auftreten der Ameisen gegen die Feldraupen gemacht worden sind, meldet: Im Jahre 1861 war der Garten des Posthalters Ludwig zu Rütchen arg von Raupen heimgesucht. Dem Kohl und Weißkohl drohte gänzliche Vernichtung. Da holte ein Arbeitsmann einen Sack voll großer Waldameisen und streute dieselben über den Kohl. Sofort ergriffen die Raupen die Flucht; in der großen Angst eilten sie über Mauern und Büsche und am anderen Tage war im ganzen Garten keine einzige mehr zu sehen.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

Original-Correspondenz.

Wippach, 13. Juli. (Theuerungsbeiträge und Aushilfen.) Während die vom hohen Reichsrathe den Staatsbeamten gewährten Theuerungsbeiträge, obschon für die bedürftigste Kategorie etwas schmal bemessen, doch allenthalben mit Dank angenommen wurden, verschmäht die große Mehrzahl katholischer Geistlichen die denselben angebotene größere Aushilfe. Von fanatischen Blättern ihrer Farbe aufgehetzt, nergeln sie an dieser Gabe, die abzulehnen sie für eine Heldenthat ansehen.

Man sieht daraus, daß die tonsurirten Herren in Krain einer Aushilfe noch nicht bedürfen. Die hohe Regierung braucht nicht in Verlegenheit zu kommen, wozu sie die von der krainischen Klerisei abgelehnten 15.000 fl. verwenden könne. Man gebe sie den Volks-

handle sich heute um keinen Tendenzproceß. Es mag sein, daß der Angeklagte bei einiger Ueberlegung die bezeichneten Worte nicht gebraucht hätte, allein bewiesen ist es, daß er sie brauchte, und damit hat er die ihm angeschuldigten strafbaren Handlungen auch begangen, welche um so gefährlicher sind, als unter die ländliche Bevölkerung von einem Orte aus, von dem sie die Wahrheit zu hören gewohnt ist, so schwere Invectiven gegen alle Factoren der Gesetzgebung bis hinauf zu Sr. Majestät geschleudert wurden.

Nach einer Duplik des Herrn Bertheidigers begann der Gerichtshof die Verathung.

Das Urtheil lautete auf schuldig bezüglich aller drei dem Angeklagten angeschuldigten Gesetzes-Übertretungen. Die Strafe wurde mit sechsmonatlichem schweren Kerker, verschärft durch einen Tag Einzelhaft in jedem Monat, bemessen. Als mildernd nahm der Gerichtshof an, daß der Angeklagte mehr dem üblen Beispiel seiner Collegen, der jungen Kleriker, welche bestrebt sind, die Staatsgesetze herabzuwürdigen, als einem schlimmeren Antriebe folgend, die That begangen habe. Als erschwerend wurde angenommen, daß der Angeklagte doppelt seine Pflicht verletzt habe, als Staatsbürger und als Priester. Der Bertheidiger meldete namens seines Klienten die Berufung an.

schullehrern in Krain, die einer Aushilfe wahrhaft bedürfen und auch mehr verdienen, als jene hämisch lachenden, übermüthigen Feinde der Volksbildung.

Local-Chronik.

— (Die Schützen und Turner beim Landespräsidenten.) Gestern fand beim Herrn Landespräsidenten, Grafen v. Auersperg, die Vorstellung der Schützenvorstellung und des laibacher Turnvereines statt. Der Herr Landespräsident betonte die correcte Haltung gerade des laibacher Turnvereines und sprach die Erwartung aus, daß er auch in der Zukunft sich so bewähren werde. — Wie wir hören, veranstaltet die laibacher Rohrschützengesellschaft am 28. d. M. ein Festschießen zur Feier der Ernennung des hochgeborenen Herrn Grafen Alexander Auersperg — ihres Mitgliedes — zum Landespräsidenten in Krain.

— (Prelesnik), der am Samstag morgens entwichene Banknotenfälscher, wurde gestern in Sittich durch die beiden dortigen Gensdarmen mit Hilfe eines Bauern aufgegriffen und abends 1/2 7 Uhr nach Laibach gebracht. Er war bereits elegant gekleidet, Beweis, daß es ihm in unserer Gegend an guten Freunden nicht fehlt. Was den geriebenen Fälscher bewegen konnte, sich so nahe bei Laibach und zugleich in einer Gensdarmrie-Station aufzuhalten, ist schwer begreiflich. Uebrigens soll Prelesnik den ihn escortirenden Gensdarmen während der Fahrt nach Laibach die Versicherung gegeben haben, daß er nicht lange in Haft bleiben, sondern bald wieder eine kleine Luftveränderung vornehmen werde.

— (Laibach-Karlstadt.) Die Begehungs-Commission der projectirten Locomotiv-Eisenbahn-Tracen Laibach-Karlstadt hat den Localausgesehen vorgenommen und wird heute das Commissionsprotokoll formiren.

— (Herr Karl Rudesch), Reichsraths- und Landtagsabgeordneter, Gutsbesitzer zu Feistenberg, hat in seiner Eigenschaft als Mitglied des l. l. Bezirksschulrathes zu Rudolfswerth zu gunsten der in Rudolfswerth gegründeten Bezirksschulbibliothek auf seine ihm gesetzlich gebührenden Reisparticularbeiträge Verzicht geleistet.

— (Uebnahme der Fahrpost durch Private.) Die Bahngesellschaften, welchen zufolge ihrer Concessions-Urkunde und in Rücksicht auf die ihnen gewährleistete Staatsgarantie die Verpflichtung obliegt, sowohl die Brief- als Fahrpostsendungen unentgeltlich und nach den vom Handelsministerium vorgeschriebenen Modalitäten zu befördern, haben Beschwerde geführt, daß der Postverkehr in letzterer Zeit derart zugenommen habe, daß wo, früher für die Postfrachten häufig nur ein Waggon genügte, jetzt mehrere Waggons erforderlich sind. Außerdem schreiben die Bahndirectionen die vielen, oft namhaften Verspätungen der Postzüge auf Rechnung der an den Stationen, namentlich den Hauptstationen, stattfindenden Uebergabe und Uebnahme der massenhaften, häufig schweren und voluminösen Packete und Kisten sendungen. Das Handelsministerium hat die ausgesprochene Beschwerde der Bahndirectionen einer eingehenden Verathung, welcher der General-Director Vontour der Südbahn, die höheren Beamten der General-Postdirection, der niederösterreichischen Postdirection und des Post-Cursbureaus beiwohnten, gewürdigt. Eine Entscheidung in dieser wichtigen Angelegenheit ist bisher noch nicht erfolgt; aber vorzüglich wurde die Frage aufgeworfen und besprochen, „ob Fahrpostsendungen, welche sehr voluminös sind oder einen bestimmten Gewichtssatz überschreiten, nicht den Bahn- oder anderen Privatgesellschaften zu übergeben seien, daher solche Sendungen von den Postanstalten zurückzuweisen wären.“ Durch die Verwirklichung dieser Maßregel würde die gänzliche Uebergabe der Fahrpost an Privat-Unternehmungen angebahnt, welche seit Jahren schon von vielen Capacitäten und Fachmännern des Handels- und Gewerbestandes empfohlen wurde, wie dies beispielsweise in Italien der Fall ist. Die im Interesse des Publicums nöthige Garantie dürften die vom Handelsministerium den Unternehmungen vorzuschreibenden Cauttionen gewährleisten.

darauf eingehen werde, ob ein Mißbrauch der Kanzel vorgefallen, und ob dies zu bedauern sei; er habe seinen Klienten nicht hinsichtlich seines Standpunktes zu vertheidigen, sondern einfach als Jurist zu fragen und zu untersuchen, ob die seinem Klienten angeschuldigten Gesetzesverletzungen vorhanden und ob sie auch zu erweisen seien. Nun zergliederte der Bertheidiger die zwei gravirendsten Aussagen der Zeugen Kalcher und Mayer und suchte überhaupt an der Hand des Gesetzes die Unhaltbarkeit der Anklage darzuthun.

Als mildernd suchte der Herr Bertheidiger für den Fall der Verurtheilung geltend zu machen, daß der Angeklagte eigentlich als geständig zu betrachten sei, da er das von Zeugen Bewiesene nicht geleugnet habe, und daß er, den Strömungen der Zeit und den Ansichten seines Standes mit der ultramontanen Partei folgend, sich zu einem derartigen Vorgehen verpflichtet halten möchte. Der Gerichtshof möge daher mit dem Einzelnen, dessen ganze Erziehung dahin gerichtet sei, daß er als Kampfbahn gegen gewisse Institutionen des Staates gebraucht werden könne, nicht zu strenge ins Gericht gehen.

Staatsanwalt: Was die ultramontane Partei thue oder lasse, das könne ihn nicht kümmern; es